



**Judith Skudelny**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Judith Skudelny MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

#### **Berlin**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Jakob-Kaiser-Haus  
Raum 6.609  
Telefon 030 227 – 74728  
Fax 030 227 – 76728  
E-Mail:  
Judith.skudelny@bundestag.de

#### **Wahlkreis**

Siebenmühlenstr. 36  
70771 Leinfelden-Echterdingen  
Telefon 0711 22097-700  
Fax 0711 22097-699  
E-Mail:  
Judith.skudelny@wk.bundestag.de

Berlin, 11. Juni 2010

### **Finanzmarktstabilisierung und Neugestaltung des Bankensektors**

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde,

am 21. Mai 2010 habe ich Ihnen bereits ein Rundschreiben zu der von der Bundesregierung beschlossenen Griechenlandhilfe übersandt. Noch am gleichen Tag, an welchem der Bundestag diese Hilfe beschloss trafen sich die EU-Finanzminister in Brüssel. Für Deutschland nahm der Kanzleramtschef Thomas de Maiziere teil. Dieser sagte – in Rücksprache mit der Kanzlerin – zu, dass Deutschland sich an einem europäischen Rettungsschirm beteiligen würde. Der Rettungsschirm soll ein Volumen von 750 Milliarden Euro haben.

In der vergangenen Sitzungswoche habe ich versucht, die Gründe der neuerlichen Krise zu verstehen. Dabei stand für mich insbesondere die Kurzfristigkeit der Entscheidung im Fokus. Was ich zunächst nicht verstanden habe war, warum eine neue Krise gerade an dem Tag „brennend“ wurde, an welchem wir ein Hilfspaket zur Vermeidung einer ebensolchen Krise verabschiedet hatten. Dazu wollte ich verstehen, wie genau diese neue Krise entstanden ist und worin die „Abgründe“ bestanden, von denen zahlreiche Politiker und Bankenvorstände in ihren Reden erzählten.

Mein Schreiben basiert auf Erkenntnissen aus zahlreichen Gesprächen mit Personen aus Politik, Wirtschaft und Banken. Unter anderem haben innerhalb der Fraktion der Kanzleramtschef de Maiziere und der Bundesfinanzminister Schäuble Auskünfte über den Ablauf der Verhandlungen gegeben. Mit Herrn Hannes Rehm, Chef des Sonderfonds für Finanzen (auch Bankenrettungsfond oder SoFFin genannt) hatte ich Gelegenheit, im kleinen Kreis zu sprechen. Zudem habe ich mit einem Hedgefondmanager aus London telefoniert. Der Kontakt wurde über meinen Kanzleikollegen hergestellt, bei dem ich mich auf diesem Wege für seine Hilfe bedanken möchte.

Aus Sicht der Hedgefonds hat sich die Krise bereits seit letztem Sommer abgezeichnet. Nach Aussage des Hedgefondmanagers ist Berechenbarkeit das wichtigste für die Finanzbranche. Diese war in Europa nicht mehr gegeben. Zunächst wurde klar gesagt, dass Deutschland eine Hilfe für Griechenland nicht bewilligen würde. Diese Meinung Deutschlands änderte sich kurz darauf. Die Europäische Zentralbank hat dem



## Judith Skudelny

Mitglied des Deutschen Bundestages

Wunsch einiger europäischer Länder, Staatsanleihen zu kaufen, stets eine Absage erteilt. Auch diese wegweisende Praxis wurde im Mai 2010 aufgegeben. Diese und weitere Aktionen Deutschlands und Europas haben den Investitionsstandort Europa geschwächt.

Trotz der Griechenlandhilfe waren ausländische Investoren nicht mehr der Meinung, Europa sei ein sicherer Anlageort. Aus der Sicht bspw. Amerikas wurde dabei nicht zwischen Griechenland und Rest-Europa unterschieden. Entscheidend für die Verschärfung der Krise Anfang Mai 2010 kam hinzu, dass nicht nur Griechenland von den Ratingagenturen in ihren Wertungen massiv nach unten korrigiert wurde. Auch Portugal und Spanien erhielten Wertungen, die ein normales Maß an Korrektur nach unten überstiegen.

In der Gesamtschau führte diese Situation dazu, dass das Vertrauen in den Europäischen Finanzmarkt erneut eine Talsohle erreichte. Anfang Mai 2010 war der Interbankenmarkt nahezu in dem Maße ausgetrocknet wie zu den akuten Zeiten der Lehman-Brothers-Krise im Jahr 2008. Damit hat sich gezeigt, dass durch das zögerliche und unstete Handeln in Bezug auf Griechenland eine Ausweitung der Krise nicht verhindert werden konnte. Ohne Reaktion wäre die Folge des Austrocknens der Finanzmärkte eine erneute Ansteckungsgefahr der Realwirtschaft gewesen.

Infolge des Austrocknens konnte bereits ein solventer Staat (in der deutschen Nachbarschaft, der Name wurde mir jedoch nur unter vier Augen gesagt) seine Staatsanleihen kurzfristig nicht mehr am Finanzmarkt platzieren. Sprich: Er konnte sich nicht refinanzieren und war kurzweilig ebenfalls von der Zahlungsfähigkeit bedroht. Und das, obwohl bei diesem Staat eben keine strukturellen oder anderweitigen Schwächen vorlagen.

Angesichts dieser akuten Krisensituation, die sich in dieser Schärfe tatsächlich erst Anfang Mai 2010 herauskristallisierte, wurde die Finanzministerkonferenz am 07. Mai 2010 einberufen.

Die Ergebnisse sind bekannt. Insgesamt soll ein Rettungsschirm für alle Eurostaaten von 750 Milliarden Euro aufgespannt werden.

Die Europäische Union stellt hiervon 60 Milliarden Euro. Mehr darf sie gemäß der Europäischen Verträge von Lissabon und Nizza nicht zur Verfügung stellen. Daneben stellt ein Verbund der Staaten der Eurozone rund 440 Milliarden Euro (Deutschland trägt davon einen Anteil von 123 Milliarden Euro). Außerdem soll der Internationale Währungsfonds (IWF) rund 250 Milliarden Euro übernehmen.

Diese grundsätzliche Vereinbarung der europäischen Finanzminister war Grundlage der Entscheidung des Deutschen Bundestages vom 21. Mai 2010.

Die deutsche Umsetzung dieses Beschlusses sieht vor, dass die Bundesregierung bei einem weiteren Zahlungseingpass eines Eurostaates ähnlich wie bei der Griechenlandhilfe Darlehen an den betreffenden Staat gewährt. Diese Darlehen werden über die bundeseigene KfW Bank (Kreditbank für Wiederaufbau) ausgegeben. Diese wiederum nimmt die Kredite am Kapitalmarkt auf, als Sicherheit garantiert die Deutschland für diese Kredite. Fallen die Kredite also bei dem Empfängerstaat endgültig aus, haftet Deutschland.



## Judith Skudelny

Mitglied des Deutschen Bundestages

Auf diese Weise hoffen die Finanzpolitiker, weiteren Turbulenzen an den Kapitalmärkten vorbeugen zu können. Mehr noch: Sie hoffen, die Stabilität des Euro als Währung damit abzusichern. Denn – so argumentieren sie – die Höhe der Absicherungssumme von 750 Milliarden Euro macht einen Staatsbankrott für die Eurostaaten nahezu unmöglich. Dadurch bleibt der Euro als Währung stabil, weil Anlagen, die in Euro getätigt werden immer die nötige Kapitaldeckung aufweisen und Devisengeschäfte mit Ländern der Eurozone ein geringeres Ausfallrisiko haben. Sie hoffen so, das Vertrauen der Banken wieder zu gewinnen und dafür zu sorgen, dass diese auch weiterhin bereit sind, Staatsanleihen zu erwerben.

Die Gegner der Griechenlandhilfe sahen sich in der neuen Notwendigkeit eines weiteren und deutlich umfangreicheren Hilfspaketes in ihrer Skepsis bestätigt. Ich hingegen sah mich in der akut drohenden Gefahr für die deutsche Wirtschaft bestätigt.

Aber insbesondere vor dem Hintergrund der bereits eingetretenen Liquiditätsengpässe in Europa sah ich meine Entscheidung für diesen Weg der Hilfe als richtig an.

Der Rettungsschirm wurde begrenzt bis zum 30. Juni 2013 gespannt. Die spannende Frage ist, was in der Zeit danach passiert, bzw. in der Zeit bis zu diesem Datum.

Zum einen muss sich die Europäische Union einig werden, wie sie künftig dauerhaft mit den Krisen einzelner Staaten umgehen will. Zum anderen muss sich Deutschland selbst auf künftige Krisen – auch im Hinblick auf die Anfälligkeit für internationale Krisen außerhalb des Euroraums – rüsten.

Was im Hinblick auf Europa passieren wird, bleibt abzuwarten. Grundsätzlich sind sich alle einig: Die Kriterien der Staatsfinanzen im Euroraum müssen vereinheitlicht werden. Wichtig dabei ist, dass Staaten, die diese Kriterien nicht einhalten, wirksam abgemahnt, sanktioniert, notfalls aber auch ausgeschlossen oder zwangssaniert werden können. Bei diesem Thema kann Deutschland jedoch nur mitreden; entscheiden müssen alle europäischen Länder gemeinsam, da eine solche Änderung die Vertragsgrundlage Europas ändert.

Ähnliches gilt für eine europäischen Transaktionssteuer. In Zuge des Rettungsschirms wurde beschlossen, eine solche einzuführen. Dabei wird jede Finanztransaktion (also das Kaufen und Verkaufen von Aktien, Anleihen etc.) mit einem kleinen Betrag besteuert. Dieses Instrument ist bei der FDP nicht beliebt, da es jede Transaktion gleichermaßen besteuert und damit sowohl Privatanleger, Versicherungen als auch Banken und Großanleger wie Hedgefonds trifft. Ich persönlich bin gegen diese Steuer, da sie an einem System profitiert, dass eigentlich richtig geregelt gehört. Die Transaktionssteuer kann nur dann sinnvoll eingeführt werden, wenn es auf europäischer Ebene erfolgt, da andernfalls die Anleger ihre Geschäfte einfach an anderen Börsen tätigen. Jedoch brauchen wir auch hierfür die Zustimmung der anderen Europäischen Länder.

Darüber hinaus plant Deutschland, Leerverkäufe zu verbieten. Von deutschen Alleingängen jedoch halte ich wenig. Da der globale Finanzmarkt sehr flexibel ist, bringt es effektiv nichts, in Deutschland einzelne Handelsgüter zu verbieten. Es macht uns international nur unseriös.

Viel wichtiger wäre es, die Finanzmärkte transparenter zu gestalten, um Markthysterien zu vermeiden. Als ich im April das SAP Research Center in Karlsruhe besuchte, um mich über das Thema Netzeinspei-



## Judith Skudelny

Mitglied des Deutschen Bundestages

sung der erneuerbaren Energien zu informieren, wurde mir auch ein Forschungsprojekt zum Thema Finanzmarkt vorgestellt. Mit dem vorgestellten Modell kann man eine Marktoffenheit gewährleisten, ohne dass der einzelne Inhaber von Finanzgütern offen legen muss, in welcher Menge er diese besitzt. So kann die Relation von realer Ware zum Finanzmarkt besser hergestellt werden. In der Landesgruppe habe ich angeregt, das Forschungszentrum gemeinsam zu besuchen und uns explizit dieses Verfahren erklären zu lassen. Zudem habe ich in der Fraktion angeregt, nunmehr umgehend das Bankeninsolvenzrecht für Deutschland umzusetzen. Sobald zumindest in Deutschland Bankeninsolvenzen planbar werden und im Falle einer Insolvenz eine Ansteckung weiterer Banken ausgeschlossen wird, bedeutet das eine Stärkung des Finanz- und Wirtschaftsstandortes Deutschland - auch ohne eine europäische Regelung. Und vielleicht wird unser Insolvenzrecht Vorbild für eine europäische Staatenlösung.

Das Positive an meinen Recherchen ist die Erkenntnis, dass der Euro als solcher akut nie in Gefahr war. Auch wurden wir nicht von „Finanzhaien“ angegriffen, wie die Presse dieses gerne schrieb.

Was wir in den vergangenen Wochen erlebt haben, ist schlicht das Ergebnis einer schlechten europäischen Politik. Dass gegen den Euro spekuliert wurde und wird, ist richtig. Die Spekulationen erfolgen aber nie in einem Ausmaß, in welchem sie tatsächlich dem Euro gefährlich werden konnten. Derzeit liegt der Wert des Euro bei ca. 1,21 US-Dollar. Die tatsächliche Kaufkraft liegt bei ca. 1,14 US-Dollar. Damit liegt der Börsenwert des Euro grundsätzlich noch über seiner Kaufkraft.

Um richtig und sinnvoll mit Krisen umzugehen, ist es zunächst wichtig, diese zu verstehen. Ich habe daher eine Reihe von Definitionen im Anhang beigefügt, die bei künftigen Gesetzesvorhaben eine Rolle spielen werden. Ich werde mich dafür einsetzen, dass wir in Deutschland mit der Dämonisierung einzelner Teilnehmer am Finanzmarkt aufhören. Stattdessen müssen wir sinnvolle Rahmengesetze zur wirkungsvollen Regulierung erlassen und uns damit strukturell auf zukünftige Krisen vorbereiten.

Ihre

Judith Skudelny, MdB